

Protokoll:	Ausschuss für Klima und Umwelt des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	37
		TOP:	1
Verhandlung		Drucksache:	
		GZ:	
Sitzungstermin:	30.09.2022		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	OB Dr. Nopper		
Berichterstattung:	der Vorsitzende, BM Pätzold, Herr Hauser (Netze BW)		
Protokollführung:	Herr Haupt / fr		
Betreff:	Aktuelle Energiesituation - mündlicher Bericht -		

Die zu diesem Tagesordnungspunkt gezeigten Präsentationen sind dem Protokoll als Dateianhang hinterlegt. Aus Datenschutzgründen werden sie nicht im Internet veröffentlicht. Dem Originalprotokoll sind sie in Papierform angehängt.

Der Antrag Nr. 301/2022 vom 28.09.2022 (90/GRÜNE) ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

Dieser Tagesordnungspunkt (TOP) wird gemeinsam mit TOP 6 behandelt. Die Aussprache wird unter diesem TOP wiedergegeben.

OB Dr. Nopper betont, in Anbetracht der drohenden Energiemangellage und angesichts der stark gestiegenen Energiepreise führe bedauerlicherweise kein Weg an Energiesparmaßnahmen vorbei. Es bestehe eine große Herausforderung an die Kommunen und die gesamte öffentliche Hand, für die Wirtschaft sowie für die Stadtgesellschaft als Ganzes. Daher müssten mit vereinten Kräften Maßnahmen umgesetzt werden, mit denen der Energieverbrauch spürbar reduziert werde. Bereits zum 01. Januar 2022 - vor dem Angriffskrieg Putins auf die Ukraine - habe die Landeshauptstadt Stuttgart (LHS) eine wichtige Maßnahme zur Einsparung von fossilem Erdgas vorgenommen und sich damit unabhängiger von Erdgaslieferungen gemacht: Der Gasverbrauch der Stadtverwaltung und der städtischen Eigenbetriebe sei zu 35 Prozent auf biogenes Gas umgestellt worden, welches aus Abfall und Reststoffen - wie beispielsweise Papierabfällen - gewonnen werde. Mit dieser bedeutenden Umstellung auf biogenes Gas nehme Stuttgart eine Vorreiterrolle unter den deutschen Großstädten ein. Damit sei seit Jahresbe-

ginn der Verbrauch an fossilem Erdgas um 35 Prozent gesenkt und damit die Zielvorgabe der EU, die sich aus Sicht der Verwaltung auf fossiles Erdgas beziehe, bereits erfüllt worden. Dennoch sollten angesichts der drohenden Energiekrise weitere Energiesparmaßnahmen durchgeführt werden. Dafür habe die Verwaltung folgende Maßnahmen ergriffen oder beschlossen: Die Außenbeleuchtung für das Stuttgarter Rathaus sowie von weiteren öffentlichen Gebäuden und Brunnen sei Ende Juli bzw. seit August eingestellt worden. In den Stuttgarter Freibädern habe es keine fossilen Beckenwassererwärmungen mehr gegeben, sondern lediglich eine Erwärmung über Solarthermie oder Photovoltaik mit Wärmepumpen. In den Verwaltungsgebäuden sei in den Toiletten seit längerer Zeit kein Warmwasser für das Händewaschen verfügbar. Eine weitere Energiesparmaßnahme werde das Garten-, Friedhofs-, Forstamt (GFF) umsetzen, indem in der kommenden kalten Jahreszeit die Anzucht der Blühpflanzen für das Frühjahr mit Arten vorgenommen werde, die kälteunempfindlicher seien. Damit könnten die Temperaturen in den städtischen Gewächshäusern gesenkt werden. Zudem würden die Bäderbetriebe die Warmbadetage zu Beginn der Hallenbadsaison am 19.09.2022 in allen Stuttgarter Hallenbädern einstellen. Gemeinsam mit den Fachämtern und den Eigenbetrieben, sowie unter Einbeziehung des Gesamtpersonalrats (GPR), sei ein Katalog von weiteren Energiesparmaßnahmen entwickelt worden. Die größte Einsparung erwarte die Verwaltung durch die Absenkung der Solltemperatur während der Heizperiode in den Dienstgebäuden der Stadtverwaltung und der Beteiligungsunternehmen auf die Mindesttemperatur gemäß Arbeitsstättenverordnung auf 19 Grad Celsius. Erforderliche Maßnahmen zur Sicherstellung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes würden dabei berücksichtigt. Des Weiteren sollten Belüftungsanlagen und der Einsatz von Luftreinigern auf ein minimal notwendiges Niveau reduziert werden. Dabei würden die Anforderungen im Rahmen der Corona-Maßnahmen berücksichtigt. Zudem sollten Kühlschränke und Getränkeautomaten überprüft und auf die vorgegebene Temperatur von 8 Grad Celsius eingestellt werden. Weitergehende Energiesparmaßnahmen stünden unabhängig von der Gas- und Energiemangellage und von den Entscheidungen der Bundesnetzagentur auf dem Prüfstand. Die energieintensiven Hallenbäder und die ebenso energieintensive Eiswelt seien in Betrieb genommen worden, da die Verwaltung nach den Beschränkungen der Corona-Pandemie weitere Einschränkungen - falls irgend möglich - vermeiden wolle. Ansonsten bestehe die Gefahr, das eine große Zahl von Kindern und Jugendlichen nicht mehr schwimmen könne. Allerdings stehe dies ebenso unter dem Vorgehalt einer Zuspitzung der Energiemangellage wie andere Maßnahmen auch: Falls sich die Lage zuspitze, müssten diese Einrichtungen vom Netz genommen werden, genauso wie das Riesenrad auf dem Schlossplatz, was allerdings nur wenig Energie verbrauche. Die Weihnachtsglanzlichter und die Eislaufbahn auf dem Schlossplatz fänden nicht statt. Die Weihnachtsbeleuchtung, die seit Jahren mit LED-Lichtern erfolge, werde dagegen angeschaltet, solle jedoch zeitlich und räumlich reduziert werden. Die Verwaltung habe bewusst aus Klimaschutzgründen auf eine Umstellung des Klinikums von Gas auf Heizöl verzichtet: Dies wäre zwar technisch und organisatorisch möglich und würde einen erheblichen Beitrag zur Erdgasreduktion leisten, hätte jedoch unter Klimaschutzaspekten erhebliche nachteilige Auswirkungen. Es sei zu erwarten, dass die enorme Steigerung der Energiepreise den städtischen Haushalt stark belasten werde. In welcher Höhe dies der Fall sein werde, könne die Verwaltung erst in einigen Wochen im Einzelnen aussagen. Aus Sicht der Verwaltung sei es überdies wichtig, dass die gesamte Stadtgesellschaft gut über den Winter komme. Dies gelte vor allem für die ärmeren und sozial schwächeren Bürgerinnen und Bürger, die Schwellenhaushalte sowie die Unternehmen. Daher sei es wichtig gewesen, den Kreis der Wohngeldberechtigten auszuweiten und das Wohngeld zu erhöhen. Dabei stelle vor allem die Ausweitung der Wohngeldberechtigten die Stadtverwaltung vor große administrative

Herausforderungen. OB Dr. Nopper fasst zusammen, dass die LHS mit der Umstellung von 35 Prozent des Gasverbrauchs von fossilem Erdgas auf Biogas ab dem 01. Januar 2022 einen erheblichen Beitrag zur Einsparung von fossilem Erdgas geleistet habe. Zudem seien erste weniger einschneidende Energiesparmaßnahmen eingeleitet oder bereits umgesetzt worden. Die Verwaltung versuche, mit Maß und Mitte zu sparen, und lasse dabei die Auswirkungen auf die Stadtgesellschaft nicht aus dem Auge. Falls sich die Lage zuspitzen sollte, komme die Verwaltung bedauerlicherweise nicht an weiterreichenden einschneidenderen Maßnahmen vorbei. Die höheren Energiekosten würden den städtischen Haushalt spürbar belasten, und die Folgen der exorbitant gestiegenen Energiekosten müssten von Bund und Land für sozial Schwächere, für Schwellenhaushalte sowie Unternehmen abgedeckt werden.

Herr Hauser (Netze BW) betont, sein Unternehmen verwende zum jetzigen Zeitpunkt nicht den Begriff "Gaskrise", da ein geordneter Fluss und ein Programm bestünden, wie das Thema Mangellage organisiert behandelt werden könne. Dennoch werde aus seinem Bericht hervorgehen, dass sein Unternehmen deutlich angespannt sei, und diese Anspannung bedauerlicherweise jede Woche zunehme. Am gestrigen Tag habe sich der Vorsitzende der Bundesnetzagentur, Herr Klaus Müller, äußerst unzufrieden über den Aspekt der Energieeinsparung geäußert. Die Aufgabe von Herrn Müller bestehe darin, das diesbezügliche Verbraucherverhalten zu verändern. Im Vergleich zum Vorjahr sei die zweite Septemberhälfte extrem kalt gewesen, daher starte der Energieverbrauch auf entsprechend höherem Niveau. In dem Maß, wie in der Vergangenheit die Corona-Zahlen verfolgt worden seien, würden in den nächsten Wochen und Monaten die Speicherfüllstände beobachtet. Es werde deutlich, dass das System sehr fragil sei. Angesichts der kürzlich in zwei dicke Gasleitungen gebohrten vier Löcher, stelle sich die Frage, wie hoch bei weiteren Anschlägen das Schadenspotenzial bei LNG-Terminals (Liquefied Natural Gas) liege. Es bestehe sehr hohe Sensibilität bei dem Aspekt, dass Infrastruktur auch gesichert werden müsse. Es sei wichtig, bereits zum jetzigen Zeitpunkt Energie einsparen zu müssen. Bei einer Außentemperatur von beispielsweise minus 5 Grad Celsius im Januar befinde man sich in einer äußerst schlechten Phase. Innentemperaturen von 17 oder 18 Grad Celsius fühlten sich zwar sehr frisch an, ließen sich allerdings mit Decken und Jacken gut ertragen. Es sei positiv zu bewerten, wie kräftig sich die Bundesrepublik über das Jahr hinweg von der russischen Gasversorgung emanzipieren konnte. Ebenso seien die Ausschläge an den Börsen trotz Ausfall der Gaslieferungen überschaubar.

Nach diesen einführenden Worten berichtet Herr Hauser im Sinne der angehängten Präsentation. In Bezug auf Folie 3 betont Herr Hauser, in erster Linie müssten nun die Haushalte Gas einsparen, da die Industrie bereits über Monate allein aufgrund der kommerziellen Belastung Gas einspare. Einige Industriebranchen könnten einen "Fuel-Switch" vornehmen, bei dem statt Erdgas beispielsweise Erdöl zum Einsatz komme. Andere Branchen hätten die Produktion von Düngemitteln und ähnlichen Produkten eingestellt. Hinsichtlich der auf Folie 4 dargestellten Speicherfüllstände, führt Herr Hauser aus, das damit verbundene Problem ende nicht im April 2023, sondern bestehe ebenso weiter im Jahr 2024. Der Speicherfüllstand sollte im April nicht unter 40 Prozent liegen, da sonst das Jahr nicht ausreiche, um die Speicher erneut auf einen Stand von 90 bis 95 Prozent für den kommenden Winter aufzufüllen. Er gehe jedoch davon aus, dass dieses Ziel von der Bundesnetzagentur als erstes aufgegeben werde, da auf zukünftige andere Lösungen gehofft werde. Es solle nicht davon ausgegangen werden, ein völlig leerer Speicher sei das angestrebte oder erduld bare Ziel. In Bezug auf die auf Folie 5 dargestellten Energiepreise betont Herr Hauser, das Preisniveau

werde sich auch im Jahr 2024 auf einem deutlich höheren Level bewegen. Obwohl eine gezielte finanzielle Unterstützung an der entsprechenden Stelle richtig sei, so der Energieexperte, sei er kein Anhänger von beliebig festgelegten Subventionen, da der Preis ein Ausdruck des Mangels sei. Daher nutze es nichts, wenn der Sparwille durch Subventionen unterwandert werde. Es müsse einerseits das richtige Maß für eine spürbare Entlastung gefunden werden, andererseits der Sparanreiz erhalten bleiben. Hinsichtlich Folie 7 ergänzt Herr Hauser, die gesamte Gesetzgebung im Bereich der Energieversorgung habe sich bislang zu keiner Zeit mit einer Mangellage beschäftigt. Vielmehr sei es um den möglichen Ausfall einer wichtigen Leitung und die hierfür nötige temporäre wochen- oder monatelange Überbrückung in der kalten Jahreszeit gegangen. Es sei besser, frühzeitig den Energieverbrauch gering abzusenken, als ihn zu einem späteren Zeitpunkt komplett herunterzufahren.

BM Pätzold betont, die Verwaltung befinde sich in enger Abstimmung mit Netze BW. Die LHS habe in den letzten Jahren sehr viele Maßnahmen im Bereich Energieeinsparung durchgeführt. Daher sei der Aspekt Energieeinsparung/Energieeffizienz nicht erst seit diesem Jahr ein wichtiges Thema, sondern bereits seit langer Zeit. Mit den städtischen Liegenschaften werde seit zahlreichen Jahren ein Energiemanagement betrieben. Dadurch sei die Höhe des Energieverbrauchs bekannt, und an welchen Stellen er geregelt werden könne. Die kürzlich fortgeschriebene neue Energierichtlinie befasse sich nicht lediglich mit den Vorgaben für Neubauten, sondern beschäftige sich grundsätzlich mit dem Thema Energieverbrauch in den städtischen Liegenschaften. Mit dem Beschluss des Klimaziels sei eine Energieeinsparmaßnahme festgelegt worden, da der Klimaschutz nur umgesetzt werden könne, wenn grundlegend Primärenergie und insbesondere fossile Energie eingespart werde. Zudem bestünden verschiedene Klimaschutzkampagnen wie "#jetztklimachen", die sich u. a. mit dem Thema Energieeinsparen beschäftigten. Außerdem existiere seit sehr langer Zeit das Energieberatungszentrum (EBZ), welches in den letzten Haushaltsberatungen mit zusätzlichen personellen und finanziellen Mitteln ausgestattet worden sei und Beratungen für Eigentümer*innen anbiete. Mit dem Energiebericht und der Betreuung der städtischen Liegenschaften verfüge die Verwaltung über ein gutes Wissen, was an Energie verbraucht werde. Beispielsweise sei im Bereich der Straßenbeleuchtung seit 2009 rund ein Drittel der Energie durch die Umstellung auf LED eingespart worden. Daher könnten nun erst andere Städte auf LED umstellen, was für die LHS nicht mehr möglich sei. Die Stadt Stuttgart bereite sich auf die Notfalllage vor, habe jedoch noch keinen Stab einberufen. Gemeinsam mit dem Amt für Umweltschutz, der Feuerwehr, der Netze BW, der Kämmerei sowie dem Eigenbetrieb Stadtentwässerung Stuttgart (SES) bestünde eine enge Abstimmung für den Fall des Eintritts einer Gasnotfalllage. Derzeit würden sämtliche Notfallpläne fortgeschrieben. Im Anschluss seiner einführenden Ausführungen berichtet BM Pätzold im Sinne der angehängten Präsentation. Er ergänzt, es sei u. a. geplant, die Eiswelt auf der Waldau auf eine nachhaltige Energieversorgung umzurüsten. Ebenso sei der Ausbau der PV-Anlagen positiv zu bewerten, da jede PV-Anlage, die Strom einspeise, Nutzen bringe. Es bestehe ein besonders enger Austausch mit den Stadtwerken Stuttgart (SWS), da dieser der Energielieferant der LHS und gleichzeitig ein Tochterunternehmen der Stadt seien. BM Pätzold appelliert, jede eingesparte Kilowattstunde (KWh) im Strom- oder Wärmebereich sei hilfreich in dem weiteren zeitlichen Verlauf. Daher sei es wichtig, auch weiterhin das Thema Energieeinsparung voranzubringen.

StR Peterhoff (90/GRÜNE) äußert seinen Dank an die Verwaltung, dass das Thema "Aktuelle Energiesituation/Bericht zur Gasumlage" auf TOP 1 der heutigen Sitzung gesetzt worden sei, und der Oberbürgermeister hierzu persönlich an der Sitzung teilneh-

me. In Anbetracht der von Herrn Hauser geschilderten Gesamtlage sei es oftmals nicht angemessen, zu kleinräumig auf kommunaler Ebene zu diskutieren. Zwar werde in der Presse auf Bundesebene berichtet, wie sich die Situation aufgrund der seit September komplett fehlenden Gaslieferungen aus Russland erneut verschärft habe. Die nahezu völlige Auffüllung der Gasspeicher stelle zwar eine sehr gute Leistung dar, allerdings führe dies - wie von Herrn Hauser ausgesagt - zu wenig Nutzen im Januar nächsten Jahres. Die Ausführungen von Herrn Hauser hätten sehr deutlich gemacht, dass jede einzelne Bürgerin und jeder einzelne Bürger seinen Beitrag leisten müsse. Insbesondere diese Verbrauchergruppe müsse vor allem Energie einsparen. Wie schon in der Corona-Politik müssten die demokratischen Parteien zusammenstehen und eine möglichst hohe Energieeinsparung in der LHS erreichen. Seine Fraktion habe mit ihrem vor der Sitzung ausgelegten Antrag Nr. 301/2022 vom 28.09.2022 eine Diskussion über zusätzliche Maßnahmen zur Energieeinsparung erreichen wollen. Wie von BM Pätzold ausgeführt, habe die LHS zahlreiche geeignete Maßnahmen zur Energieeinsparung, wie u. a. das Sparpaket im August, aufgesetzt. Zu diesem Sparpaket sowie dem September-Paket solle die Verwaltung weitere Ausführungen machen. Die Einschnitte für die gesamte Bevölkerung würden sich härter gestalten. Es müsse realistisch kommuniziert werden, bereits im Herbst alle möglichen Einsparungsmöglichkeiten umzusetzen, um nicht im Januar bzw. Februar 2023 in eine Situation zu kommen, Maßnahmen notwendigerweise durchführen zu müssen, die allerdings nicht gewollt seien. Ein wichtiger Punkt in den Ausführungen sei der Aspekt des Anteils von 35 Prozent von biogenen Gasen gewesen: Bei der Beschaffung werde erfreulicherweise ein großer Anteil nicht mehr in fossiler Form geliefert, was auf einen entsprechenden Antrag von StRin Munk zurückzuführen sei. Allerdings werde dadurch in der LHS nicht weniger Gas verbraucht. Seine Fraktion fordere eine Produktion von biogenem Gas in der Stadt, aber das Problem des Verbrauchs werde dadurch nicht gelöst. OB Dr. Nopper habe in einer Pressemitteilung verlauten lassen, der Adventskalender am Rathaus werde nicht eingeschaltet und die Weihnachtsbeleuchtung werde reduziert. Ebenso werden weder die Eisbahn noch die Glanzlichter am Schlossplatz in Betrieb genommen, was aufgrund des hohen Stromverbrauchs zu begrüßen sei. Seine Fraktion zeige sich allerdings verwundert über die Inbetriebnahme einer zweiten Eislaufhalle auf der Waldau. Da der Oberbürgermeister ausgesagt habe, diese Entscheidung sei in einer Gesamtabwägung getroffen worden, stelle sich die Frage nach den Verbrauchszahlen dieser Eislaufhalle, und ob weitere Varianten von verschiedenen Betriebszeiten geprüft worden seien. Ähnliches gelte für das Riesenrad auf dem Schlossplatz: Dieses sei 60 Meter hoch und somit 10 Meter höher als das Riesenrad auf dem Oktoberfest in München. OB Dr. Nopper habe das Riesenrad in einer früheren Rede als Zeichen des Optimismus genannt. Dieses Jahr stelle es ein Zeichen der Hoffnung dar. Er hoffe nicht, so StR Peterhoff, dass es ein Zeichen der Unvernunft und Blauäugigkeit sei, da an dieser Stelle, wo ein Einsparungspotenzial bestehe, nicht eingespart werde. Er appelliert aufgrund der Symbolwirkung des Riesenrads, dessen Stromverbrauch einzusparen. Seine Fraktion erwarte, dass die Stadtverwaltung das Thema Energieeinsparung mit größter Priorität behandeln und hierüber mit der Stadtgesellschaft und der Wirtschaft ins Gespräch gehen solle: Dabei solle die Dramatik der Situation dargestellt und kommuniziert werden. Die zahlreichen beleuchteten Werbetafeln und die von Herrn Hauser angesprochenen Heizlüfter stellen ein Problem dar. Insgesamt müssten weitere Maßnahmen zur Energieeinsparung diskutiert werden. Der dargestellte Notfallfahrplan sei positiv zu begrüßen. Falls die Situation im Frühjahr nächsten Jahres dramatischer werde, müssten die Maßnahmen und möglicherweise harten Einschnitte bekannt sein.

Falls die Situation nicht derart bedrückend wäre, so StR Dr. Vetter (CDU), könne ausgesagt werden, die Schwäbische Alb beginne seit Kurzem in Stuttgart, da es in der Stadt nun ebenso kälter geworden sei. StR Peterhoff habe ausgesagt, die Bevölkerung müsse Energie sparen. Dagegen tage das Gremium in einem hell beleuchteten Raum, was einen Widerspruch darstelle. Nach zwei Jahren der Pandemie sei es nicht angemessen, das Riesenrad stillzulegen. Das Thema Einsparung habe direkte Auswirkungen auf die finanzielle Ausstattung der Bevölkerung. Seine persönliche Erfahrung bei diesem Thema zeige, falls Maßnahmen direkte negative Auswirkungen auf die individuellen Finanzen mit sich brächten, wären die Betroffenen sehr rasch bereit, sich neu zu orientieren und sich auszurichten. Er erwarte, so StR Dr. Vetter, dass sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der LHS ebenso an den Maßnahmen zur Energieeinsparung beteiligten, die der Bevölkerung zugemutet würden. Auf die Frage von StR Dr. Vetter, wie hoch der Anteil der Gaskraftwerke an der Produktion von Strom und Wärme sei, und in welchem Maß Gas für Strom substituiert werde, betont Herr Hauser, die Kraftwerke liefen im Koppelbetrieb. Dies bedeute, es werde stets Wärme mitausgekoppelt, was den Aspekt des Deregulierens erschwere. Zu Beginn der heutigen Sitzung um 08:30 Uhr seien laut online-Angabe 15,46 Prozent der deutschen Stromenergie aus Gaskraftwerken gewonnen worden. Auf Jahresebene habe 2021 der Anteil bei 20 bis 25 Prozent gelegen.

StR Dr. Vetter zeigt sich für die Erkenntnis der Partei von Bündnis 90/DIE GRÜNEN dankbar, dass Atomkraft in Krisenzeiten nicht nachteilig sein muss und längere Laufzeiten nötig sind, damit die Gesellschaft mit Licht und Wärme versorgt werden kann. Für seine Gastronomie habe er von der EnBW eine Stromrechnung erhalten, in der eine fünffache Erhöhung der Stromkosten für das kommende Jahr enthalten sei. Dieses bedeute eine monatliche Erhöhung von 1.500 Euro auf 7.500 Euro. Diese Erhöhung von monatlich 6.000 Euro schlage sich in der Vertragslaufzeit von einem Jahr mit 72.000 Euro nieder, was den Gewinn seines Betriebes übersteige. Von seinem Unternehmen seien 15 Arbeitsplätze abhängig, was unter Berücksichtigung der persönlichen Betroffenheiten 25 Personen ausmache. Es stelle sich für ihn vor diesem Hintergrund die Frage, ob er den Betrieb schließen oder ihn unter Aufnahme eines Darlehens weiterführen solle. Die Energiekosten würden zu keinem Zeitpunkt mehr derart günstig liegen, wie vor dem Ukrainekrieg. Daher sollten die politisch Verantwortlichen berücksichtigen, wie hoch die Abgabe auf einzelne Energieträger seien und dabei in Betracht ziehen, Änderungen herbeizuführen, um den Preis günstig zu halten. Es sei nicht problematisch, falls das von StR Peterhoff angesprochene Riesenrad zum Stehen komme. Vielmehr sei es dramatisch, falls die Wirtschaft im Land zum Erliegen komme. Er befürchte derart viel Wirtschaftsstillstand, so StR Dr. Vetter, dass die damit verbundenen Probleme noch wesentlich größer würden, als die derzeit vorhandenen. Die Lösung der Probleme stelle eine gesamtgesellschaftliche demokratische Aufgabe aller Parteien dar, mit dem Ziel, an einem Strang zu ziehen und persönliche Befindlichkeiten oder politisches Kalkül zurückzustellen. Die Zielerreichung bzw. das Einsparpotenzial sei mit 4,3 Prozent tituliert worden, was keinen hohen Wert darstelle, aber ein Anfang sei. Das persönliche Verhalten jedes Einzelnen beispielsweise bei der Beleuchtung eines Raumes müsse sich ändern. Ihn interessiere in Bezug auf die Bilanz der Energieversorger in den Jahren 2022/ 2023, ob Gewinne oder sogar Übergewinne erzielt würden. Diesen Aspekt werde er weiterverfolgen und zu einem späteren Zeitpunkt hierzu die Diskussion erneut eröffnen. Die in jedem Szenario hinsichtlich der Befüllung der Gasspeicher unterstellte 15-prozentige Einsparung sei vernünftig und liege nach Auffassung des Stadtrats möglicherweise noch höher, bei 20 Prozent. In Bezug auf den von Herrn Hauser angesprochenen Aspekt, wie Gas möglicherweise selektiv reduziert werden könne, gibt der

Stadtrat zu bedenken, falls der Druck in einem Gasnetz abfällt, schalte der Gaszähler auf Störung und es bestehe keine Versorgung mehr. Zudem handle es sich bei der Gasversorgung nicht um einzelne Haushalte, sondern um große Areale. Auf die Frage des Stadtrats, wie die Netze BW aufgestellt seien, um nach einem Gasdruckabfall wieder möglichst rasch viele Haushalte mit Gas versorgen zu können, betont Herr Hauser, dies stelle gemeinsam mit dem Sanitär-Handwerk eine enorme Aufgabe dar. Glücklicherweise könne technisch unterschieden werden, ob ein Mitteldruck- oder Niederdrucknetz wieder in Betrieb genommen werden müsse. In einem Niederdrucknetz ströme das Gas lediglich sehr leicht durch die Leitungen und diese Netze könnten durch eigene Eingriffe der Bewohner oder der verantwortlichen Liegenschaftsbetreiber erneut in Betrieb genommen werden. Die eigentlichen Schwierigkeiten bestünden mit den Mitteldruckanlagen, bei denen eine konzertierte Aktion notwendig sei. In früheren Zeiten sei in der LHS eine Gasumstellung durchgeführt worden, für die eine wochenlange Phase benötigt worden sei. Daher werde stets versucht, den Druck in den Netzen zu erhalten. Vorteilhafter sei es, zu einem früheren Zeitpunkt qualifiziert einzelne Netze abzukoppeln und dafür nicht in den anderen Teilnetzen in den Mangel hineinzulaufen. Es müsse unbedingt vermieden werden, nach einer möglichen Gasdruckstörung eine derartige konzertierte Aktion starten zu müssen, die zudem nicht kundenfreundlich sei, da die Techniker tagelang in den Haushalten die Heizungsanlagen reparieren müssten.

In Bezug auf die Gasspeicher zeigt sich StR Dr. Vetter überrascht, wie zügig sich diese von einem sehr niedrigen auf ein sehr hohes Niveau gefüllt hätten. Dies erfülle ihn mit Stolz. Am gestrigen Tag habe Bundeskanzler Scholz eine massive Senkung des Gaspreises versprochen. Während Herr Hauser Subventionen als nicht geeignet bezeichnet habe, begrüße er diese als Unternehmer, so StR Dr. Vetter. Den rund zweijährigen Zeitraum der Corona-Pandemie habe er dank staatlicher Unterstützung überstanden. Nun denke er jedoch über eine Schließung seines Unternehmens nach, da er nicht die entsprechenden Subventionen erhalte. Andere Großbetriebe, wie beispielsweise Bäckereien mit zahlreichen Mitarbeitern, seien ebenso in ihrer Existenz bedroht.

StR Dr. Jantzer (SPD) betont, die Vorstellung der Perspektive der Energieversorgung von Herrn Hauser sei begrüßenswert gewesen, um sich ein Gesamtbild für die LHS zu verschaffen. Als Stadtrat könne er sich jedoch nicht daran gewöhnen, dass die Präsentationen nicht vor der Sitzung verschickt würden. Dieses erschwere es, die Fakten aufzunehmen und adäquat darauf einzugehen. Er äußert die Bitte, die Unterlagen zukünftig mindestens einen Tag vor der Sitzung zu verschicken. StR Dr. Vetter habe die Konsequenzen der Energiepreise für die Betriebe sehr zutreffend aufgezeigt. Viele kleine Unternehmen erwirtschafteten aufgrund der steigenden Kosten keinen Gewinn mehr. Es sei sehr begrüßenswert, dass die Bundesregierung ein Hilfspaket mit 200 Mrd. Euro geschnürt habe. Gleichzeitig sei er jedoch entsetzt, in welcher Höhe Gelder aufgenommen werden müssten. Diese müssten zu einem späteren Zeitpunkt zurückgezahlt werden. Dennoch bestehe keine Alternative zu dem Hilfspaket. Herr Hauser habe aufgezeigt, welche Energiepreise im nächsten Jahr zu erwarten seien. Erst im nächsten Jahr würden die Preise sichtbar werden, da sie beim Endkunden spürbar würden. Die Bürger würden trotz des 200 Mrd. umfassenden Hilfspaketes in signifikanter Höhe von den steigenden Energiekosten aufgrund des Ukrainekrieges belastet. Die Bürgerschaft werde Energiekosten einsparen und Räume erkalten lassen: Es bestehe eine existenzielle Lage. Bedauerlicherweise sei der Antrag seiner Fraktion nicht mit aufgerufen worden. In diesem sei ein Stuttgarter Energiehilfefonds beantragt und der Aspekt aufgezeigt worden, was geschehe, wenn eine Bürgerin oder ein Bürger nicht mehr die Energiepreise bezahlen könne. Es stelle sich die Frage, ob die LHS nicht einen Fonds einrichten und

den betroffenen Menschen helfen könne. Es sei wichtig zu kommunizieren, die Lage sei im Griff: Es bestehe keine Krise, aber einer Mangellage. Obwohl die Gaspipeline geschlossen sei, sei ein weiteres Füllen der Gasspeicher zu erwarten. Er gehe davon aus, dass die Menschen die Notwendigkeit des Energiesparens im Gas- und Strombereichs verstanden hätten. Das Einsparungspotenzial von 35 Prozent beziehe sich lediglich auf den Gasverbrauch der städtischen Liegenschaften und nicht auf die gesamte Stadt. An OB Dr. Nopper gewandt, betont StR Dr. Jantzer, die Bürgerschaft kritisiere die nächtliche Beleuchtung der Schaufenster und der Reklametafeln. Es müsse klargemacht werden, die Auslagebeleuchtung ab 20 oder 21 Uhr ausschalten zu müssen. Ebenso müsse deutlich kommuniziert werden, bei dieser Beleuchtung nachhaltig zu agieren. Allerdings müsse die Sicherheit im Straßenraum berücksichtigt werden, da viele Menschen nachts mit dem ÖPNV unterwegs seien. Hierbei handle es sich um einen Abwägungsprozess. OB Dr. Nopper habe richtigerweise ausgesagt, zum derzeitigen Zeitpunkt nicht in die Hallenbäder und die Eiswelt eingreifen zu wollen, da die Weiteröffnung in der "Nach-Corona-Zeit für viele Menschen eine sehr große Rolle spiele. Die Hallenbäder würden von vielen Bürgerinnen und Bürgern besucht, die im Sommer nicht mit dem Flugzeug in den Urlaub in den Süden fliegen könnten. Das Baden und Schwimmen stelle einen Teil von Lebensqualität dar. Erst falls es unabdingbar sei, sollten diese Einrichtungen geschlossen werden. Seiner Fraktion sei es wichtig, dieses nicht als Einzelentscheidung durchzuführen, sondern im Gemeinderat gemeinsam zu beraten. Angesichts der Ausführungen von Herrn Hauser stelle sich die Situation kritisch und schwierig dar und sei ökonomisch und sozial sehr belastend. Allerdings befinde man sich noch nicht im unregulierten Bereich. Gegenüber der Bürgerschaft solle ausgesagt werden, die Regierungen, Verwaltungen und Organisationen im Land reagierten sehr besonnen auf die äußerst kritische Situation.

Es sei nicht einfach, die derzeitige gesamtgesellschaftliche Dynamik und Dramatik auf die Einsparvorschläge der LHS herunter zu brechen, so StR Rockenbauch (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei). Die Dramatik bestehe nicht lediglich bei den Energiepreisen, sondern ebenso bei den Lebensmitteln. Das Potenzial einer sozialen Spaltung im kommenden Winter könne in der Politik nicht genug beachtet werden. Gegen eine mögliche Spaltung müsse Hilfe angeboten werden. Falls Sorgen und Ängste aufgrund der allgemein steigenden Preise bis weit in die Mittelschicht hineingetragen würden, könne dies einen sozialen Sprengsatz für die Demokratie darstellen. Falls kein deutliches Zeichen der Zuversicht gelinge, entstehe aufgrund der Belastungen und Schließungen eine Situation, in der sich die Menschen sozial alleingelassen fühlten. Für zusätzliche Handlungsfähigkeit von Demokratie und Beschlüssen verliere man auf diese Weise einige Jahre. Es stelle sich die Frage, woher die Bürgerschaft die finanziellen Mittel für die Sanierung ihrer Gebäude aufbringen sollten. Es gehe um eine nicht unerhebliche Gruppe der Bürgerschaft, da bekannt sei, dass 40 Prozent der Menschen keine Rücklagen besäßen, um derartige Steigerungen zu bewältigen. Der Stadtrat ist sich nicht sicher, ob diejenigen Unternehmer, die im Gegensatz zu den letzten Jahren dieses Jahr keinen hohen Gewinn erzielt haben, umgehend schließen müssten: Die Unternehmen könnten von ihren Rücklagen zehren. Die soziale Verantwortung vor allem für die Familien stehe im Vordergrund. Ob das 200 Mrd. Euro Hilfspaket Nutzen bringen werde, könne zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht beurteilt werden. Er habe den Eindruck, viele Gelder würden in eine Krise transferiert, die durch frühere Einsparungen und Investitionen in erneuerbare Energien hätte vermieden werden können. 200 Mrd. Euro staatliche Subventionen würden bereitgestellt, damit die Menschen nicht die am Markt herrschenden Preise bezahlen müssten. Einige Unternehmen und Produzenten würden von dem Hilfspaket profitieren, wobei es sich jedoch um Produzenten von fossi-

ler Energie handle. Es sei ein Fehler gewesen, die Solarindustrie aus Deutschland abwandern zu lassen, da nun die Module zum Umstieg auf Solarenergie fehlten. Dagegen erhalte ein Gaskonzern acht Mrd. Euro. Subventionen. Bereits zum jetzigen Zeitpunkt der anstehenden Beschlüsse, wie das 200 Mrd. Euro umfassende Hilfspaket, müsse die LHS beachten, dass die Investitionen gleichzeitig in die Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern, den Klimaschutz sowie soziale Bereiche fließen. Dies stelle die Grundlage für die aktuellen Maßnahmen dar, so StR Rockenbach. Allerdings sei er sich nicht sicher, ob dies auf das 200 Mrd. Euro Hilfspaket zutreffe. Es könne nicht sein, dass Konzerne in diesen Zeiten Übergewinne erzielen. Daher müsse der Staat umverteilen und hierzu benötige es internationaler Regelungen, damit kein marktwirtschaftliches gegenseitiges Ausspielen stattfinden könne. Die Formulierung des sozialen Sprengsatzes durch OB Dr. Nopper sei zwar zu begrüßen, nicht aber seine Aussage, dies sei eine Aufgabe von Bund und Land. In der derzeitigen dramatischen Situation könne sich die LHS nicht bei der Frage drücken, wie der Lage abgeholfen werden könne. Seiner Auffassung nach müsse der kommende durch die steigenden Energiepreise für die Stadt begründete Nachtragshaushalt genutzt werden, um sozial und ökologisch zu investieren. Wie schon in der Corona-Pandemie solle nicht lediglich auf Bund und Land gewartet werden, sondern es müsse bereits zum jetzigen Zeitpunkt beispielsweise Familien geholfen werden, die durch die Inflation und die Energiekosten am meisten betroffen seien. So könne u. a. ein Angebot für eine einjährige kostenlose Kita unterbreitet werden. Dies seien Sparbeiträge, die in der Größenordnung der aktuellen Energiehilfspakete lägen. Ebenso solle die LHS eine städtische Lösung für ein 9-Euro-Anschlussticket anbieten. Diese sozialen Maßnahmen brächten in dem Bereich der öffentlichen Mobilität zudem eine ökologische Komponente mit sich. Außerdem müsse die Frage gestellt werden, auf welche Art und Weise rascher und vehementer in erneuerbare Energien investiert werden könne, anstatt in Erdgas. In der städtischen Energiebilanz liege der Erdgasanteil bei 43 Prozent der Primärenergie und stelle damit den größten Anteil dar. Die städtischen Förderprogramme und Maßnahmen müssten auf den Aspekt überprüft werden, wie dieser Anteil rasch heruntergefahren werden könne. Die von OB Dr. Nopper und BM Pätzold vorgestellten Maßnahmen müsse seine Fraktion zunächst prüfen. Eine zweite Eisbahn müsse nicht in Betrieb genommen werden, sondern abgeschaltet werden, bevor Hallenbäder geschlossen würden. Eine derartige Priorisierung müsse angelegt werden. Falls die zweite Eisbahn nicht in Betrieb genommen werde, würde bereits zum jetzigen Zeitpunkt Energie eingespart und somit möglicherweise Potenzial gewonnen, um die Hallenbäder geöffnet bleiben zu lassen. Ein Stufenplan, der in der Notlage eskaliert werden könne, sei zwar zu begrüßen, allerdings sei es besser, bereits zum jetzigen Zeitpunkt Energie zu sparen. Unabhängig von der Symbolpolitik sei dagegen die Frage der Inbetriebnahme des Riesenrads auf dem Schlossplatz nicht relevant. Es bestehe zwar eine städtische Verordnung zur Kontrolle der Außenwerbungen und Beleuchtungen, allerdings müsse zudem geprüft werden, ob per Appell mehr Wirkung erzielt werden könne. Der Stadtrat zeigt sich über die Durchführung von Volksfesten erstaunt. Die von BM Pätzold vorgestellten Einzelmaßnahmen seien insgesamt zu begrüßen, allerdings müssten die jeweiligen Maßnahmen rascher umgesetzt werden, als von OB Dr. Nopper präsentiert. Der Gemeinderat solle über den Winter über zusätzliche Investitionen in den sozialen Zusammenhalt diskutieren. Es müsse berücksichtigt werden, dass ein reiches Land und eine reiche Stadt sich Dinge leisten könnten, die sich andere Länder und Städte nicht leisten könnten.

StR Ozasek (PULS) betont, es bestehe eine für viele Privathaushalte und Unternehmen existenzielle Krise. Erdgas sei nicht nur ein extrem klimaschädlicher Klimakiller, sondern sei letztendlich eine politische Waffe, was spätestens durch den russischen An-

griffskrieg auf die Ukraine deutlich werde. Zudem werde mit Erdgas Geopolitik gestaltet. Die Ursache der bestehenden Energiekrise sei eine politisch gewollte Abhängigkeit von fossiler Energie, welche gezielt herbeigeführt worden sei. Wie von StR Rockenbach angesprochen, würden in der LHS 43 Prozent der Primärenergie von Erdgas gedeckt, was 6.000 Gigawattstunden pro Jahr (GWh/a) ausmache. Es handle sich um politische Fehlentscheidungen der Vergangenheit, die auf allen Ebenen getroffen worden seien. Erdgas mache angreifbar und schwäche die Resilienz der Stadt sowie der Wirtschaft, was ein großes Problem sei. Mit Erdgas würden autoritäre Regime finanziert, es sei Nährstoff für kriegsführende Staaten und diejenigen Staaten, die sich nicht dem globalen Klimaschutz verpflichtet sähen. Vielmehr müsse dieser Vulnerabilität entflohen werden. Die EnBW wolle in der Wärmeachse in der Stromerzeugung den Fuel-Switch von Kohle auf Erdgas vollziehen. Es müsse über die Frage politisch diskutiert werden, ob sich die Stadt diesen Locked-in in eine Erdgasabhängigkeit leisten könne, und ob dem Märchen vom grünem Wasserstoff, der die Stadt und die Region in unbekannter Zukunft versorgen solle, Glauben geschenkt werden solle. Nach Auffassung des Stadtrats solle politisch ein klares Signal gesendet werden, diese Abhängigkeit nicht fortsetzen zu wollen. Die Konsequenz sei ein weiteres Ansteigen der Abhängigkeit von Erdgas. Ebenso müsse eine Diskussion darüber geführt werden, warum der landeseigene Energiekonzern neue Lieferverträge mit dem Ziel-Jahr 2046 abschließe. Über 20 Jahre wolle sich die EnBW mit Fracking-Flüssiggas aus Kanada und den USA versorgen. Ihm gehe es um die großen Systemfragen im Strom- und Wärmesektor und nicht um die Inbetriebnahme von Riesenrädern, so der Stadtrat. Schlussendlich sei die Konsequenz dieser Abhängigkeiten explodierende Energiepreise, was sozialen Sprengstoff für viele Menschen in der Stadt darstelle, da sie aufgrund dieser Abhängigkeiten zu verarmen drohten. StR Dr. Vetter habe zu Recht ausgesagt, vieles stehe und falle mit der Wirtschaftsleistung und es drohe eine Rezession. Allerdings sei es Politik der CDU und der großen Koalition gewesen, diese Abhängigkeiten und Entwicklungspfade zementiert zu haben, mit denen man nun programmiert sei, so StR Ozasek. Ebenso seien die Energiemärkte falsch programmiert: Es bestehe aktuell kein Energiemangel, sondern es gebe vielmehr explodierende Preise. Die in zahlreichen Gebäuden installierten Gasheizungen stellten ein enormes Problem dar, da sie das größte Armutszeugnis darstellten. Viele Industriesektoren, angefangen vom örtlichen Bäcker bis zur Papier- und Chemieindustrie, sowie Produzenten von Stoffen für die Landwirtschaft, seien von Erdgas abhängig. Selbst die Herstellung von AdBlue für beispielsweise die Busse der SSB geschehe mit Erdgas. Vielen sei anfangs nicht klar gewesen, in wie vielen Abhängigkeiten man sich befinde. Dieses habe sich aktuell allerdings geändert. Die PULS-Fraktionsgemeinschaft habe mit ihrem Antrag Nr. 170/2022 (Erdgasausstieg jetzt forcieren) frühzeitig einen entsprechenden Impuls gegeben. Vor der Sommerpause sei dieses Thema in einer Sitzung des AKU verhandelt worden, bei der der Oberbürgermeister bedauerlicherweise nicht teilgenommen habe. Während lediglich eine Fraktion den Antrag mitgezeichnet habe, hätten dagegen mehrere Fraktionen ausgesagt, Erdgas sei kein Thema, das grundlegend diskutiert werden solle. Ein Erfolg der Initiative sei zumindest der, dass in der heutigen Sitzung in einer ersten Förderrichtlinie entschieden worden sei, Erdgasheizungen nicht mehr zu fördern. Eine umfassende Richtlinie werde danach noch erfolgen und beschlossen. Der Antrag habe zahlreiche Aspekte beinhaltet: Die LBBW, in der OB Dr. Nopper im Aufsichtsrat vertreten sei, sei derzeit Großfinanzier für Erdgasinfrastruktur. Sie investiere enorme Summen in LNG-Terminals in den USA, um langfristige Erdgasabhängigkeiten zu zementieren. Nach Auffassung seiner Fraktionsgemeinschaft dürften derartige Abhängigkeiten nicht eingegangen und diese Investitionen nicht getätigt werden. Es sei hochproblematisch, da das Fracking-Flüssiggas über einen langen Zeitraum mit einer verheerenden Wirkung auf Umwelt, Mensch und

das Klima importiert werden solle. Als Anteilseigner an der LBBW müsse die Stadt ein politisches Signal senden, dass dieses Vorgehen nicht gewünscht sei. Zudem müsse in den Satzungen und den Gesellschafterverträgen der eigenen Gesellschaften, wie der SWS und der Stuttgart Netze, sichergestellt werden, mit ihnen die Wärmewende zu organisieren und hierzu die Bevölkerung in ein neues erneuerbares Energiezeitalter mitzunehmen. Dies sei bislang noch nicht geschehen. Daher fordert StR Ozasek die Stadtverwaltung erneut auf, Vorschläge zu unterbreiten, wie sich die LHS über die Beteiligungsgesellschaften aus dieser Abhängigkeit lösen kann. In einer Aufsichtsratssitzung der BW Netze sei diese Thematik bereits diskutiert worden. Der Investitionsplan der Netzgesellschaft folge nicht den politischen Beschlüssen des Gemeinderats, was nicht angehen dürfe. Die Netze müssten für eine neue Energiewelt, eine dezentrale Einspeisung sowie für einen *bidirektionalen Lastfluss* für diejenigen Gebäude, die Prosumenten seien, fit gemacht werden. Hierzu benötige es einer aktiven Investitionsstrategie und eines Fahrplans, der sich mit dem Ziel 2035 Klimaneutralität decke. Hierzu müsste ebenso die Diskussion geführt werden, ob sich die städtische Netzgesellschaft nicht weiterentwickeln und stärker in dezentrale Speicher in der LHS investieren müsse, um das System als Ganzes zu stabilisieren, damit mit fluktuierender Einspeisung besser umgegangen werden könne. Vor allem müsse debattiert werden, wie das Gasnetz sukzessive außer Betrieb genommen werden könne, oder ein Rückbau betrieben werden könne, um sich aus den Abhängigkeiten in der Zukunft zu lösen. Zudem dürften keine neuen Gasnetzanschlüsse in Wohngebieten erfolgen. Vor wenigen Monaten habe die Netzgesellschaft die Gasanschlüsse in die Gebäude seiner Straße erneuert. Derartige Investitionen dürften zukünftig nicht mehr erfolgen. Aktuell trage die Menschen die Hoffnung auf einen milden Winter und er hoffe auf entsprechende politische Einsichten, dass die Energiesystemwende grundlegend vollzogen werden müsse. In diesem Zusammenhang müsse über den Wirtschaftsplan der SWS diskutiert werden. Mit allen Anstrengung müssten der Bereich der Wärmepumpen, der Wärmenetze sowie der urbanen Energiesysteme angegangen werden. Er hoffe, dass die Vereinbarungen über die Fraktionsgrenzen hinweg tragfähig seien, und die Investitionsstrategie auf den Weg gebracht werden könne. McKinsey habe seit dem Jahr 2010 als beratende Gesellschaft in Diensten des russischen Staates gestanden und als Lobbyist Sorge dafür getragen, dass in allen industriellen Kernbereichen Erdgas unverzichtbar geworden sei und Abhängigkeiten hergestellt worden seien. Selbiges Unternehmen sei von der Stadt beauftragt worden, einen Klimafahrplan auszuarbeiten. Er habe große Zweifel, so StR Ozasek, das McKinsey der richtige Partner für diese Agenda sei, da McKinsey eine sehr fragwürdige Geschichte in der Beratung besitze. Vor diesem Hintergrund müsse die politische Diskussion geführt werden, ob McKinsey die Stadt bei diesem Prozess begleiten solle. Hinsichtlich des 200 Mrd. umfassenden Hilfspakets sei es drastisch, "wie eine Sau nach der anderen durch das Dorf getrieben werde". Es sei populistisch und wäge die Menschen trügerisch in Sicherheit, wie gigantische Summen aufgewendet würden, die letztendlich in den falschen Taschen versickern würden: Vor allem den Energieunternehmen und deren Aktionären würden diese Gelder zufließen und nicht bei den Menschen ankommen. All dieses würde die Abhängigkeiten nicht dauerhaft beseitigen. Vielmehr müsse die Politik der Bevölkerung zeigen, dass sie mit den grundlegenden Problemstellungen umgehen könne. Ebenso solle für die Bürgerschaft eine resiliente, sichere und stabile sowie klimastabile Politik für die Zukunft gestaltet werden. Da dies vonseiten der Politik nicht geschehe, gehe die Kompetenzzuschreibung und das Vertrauen an die Politik kontinuierlich zurück. Es müsse gemeinsam daran gearbeitet werden, mit der richtigen Weichenstellung für eine wirkliche Energiesystemwende das Vertrauen zumindest auf Ebene der Stadt wiederherzustellen.

Es sei zu begrüßen, mit welchem Nachdruck die Stadt an Energiesparmaßnahmen arbeite, die sehr effizient gestaltet werden sollten, so StR Köhler (AfD). Ebenso sei die Prüfung richtig, bei welchen Institutionen eine Abschaltung eher nachteilige Auswirkungen mit sich bringe. Richtig sei zudem die Kommunikation an die Bevölkerung, "dass die Lage im Griff sei". Auf bundespolitischer Ebene sei eine Gesamtkonzeption nicht ersichtlich. Heruntergebrochen auf Stuttgart sei die Geduld der Bevölkerung noch vorhanden, halte jedoch möglicherweise keine lange Zeit mehr. Dies sei der Fall, wenn sich die Auswirkungen der hohen Energiepreise auf individuelle finanzielle Situation der Bevölkerung niederschläge. Kohle sei zwar in mehreren Aspekten ein nachteiliger Energieträger, stelle jedoch bei der Energieversorgung grundsätzlich einen Ersatz und eine Ergänzung ebenso wie die Kernkraft dar. Diese Pluralität sei Schritt für Schritt in den letzten 10 bis 15 Jahren zugunsten von Erdgas aufgegeben worden. Dabei sei Erdgas als Substitut im Zuge der Energiewende fest eingeplant worden, was sich nun als nachteilig erweise. Viele Menschen würden sich die Frage stellen, ob LNG-Terminals und Ähnliches eine Alternative darstellten. Es mache keinen Sinn, derzeit mit Milliarden Euro umfassende Förderprogrammen zu agieren, da die Höhe der Energiepreise in beispielsweise zwei Jahren nicht bekannt sei, und sie aller Voraussicht nach bis zu diesem Zeitpunkt nicht günstiger werden. Es stelle eine tragische Ironie dar, dass in Deutschland zur Überwinterung auf einen milden Winter gesetzt werden müsse und man sich, aufgrund seiner Bemühungen, die Erde eigentlich zu kühlen, nun in einer misslichen Lage befinde.

Frau Häußler (GPR) widerspricht der Aussage, die Energiesparmaßnahmen seien mit dem Gesamtpersonalrat abgestimmt worden. Dies sehe der GPR in Gänze völlig anders: Er habe sich hierzu in einem Schreiben an EBM Dr. Mayer Ende Juli geäußert. In diesem Schreiben sei ausgesagt worden, der GPR unterstütze grundsätzlich die Bemühungen zum Energieeinsparen, was auch noch zum jetzigen Zeitpunkt gelte. Allerdings berücksichtige der GPR zudem Themen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes. Dies bedeute, es müsse differenziert die Gefährdungsbeurteilung am Arbeitsplatz erfolgen und entsprechende Maßnahmen ergriffen werden. Darüber hinaus bestehe ein Zielkonflikt zwischen der Entwicklung der Pandemielage (beispielsweise dem nötigen Lüften von Räumen) und den Energiesparmaßnahmen. Zudem liegen eine sehr unterschiedliche Gebäudesituation und völlig unterschiedliche Tätigkeiten vor. Der GPR habe ausgesagt, dass diese Aspekte bei den Energiesparzielen zu berücksichtigen seien. In diesem Zusammenhang seien Gespräche angeboten worden, wobei die letzte Besprechung bereits Mitte August zwischen OB Dr. Nopper und Herrn Brause vom GPR stattgefunden habe, und weitere Gespräche zugesagt worden seien. Allerdings seien diese bedauerlicherweise nicht erfolgt. Dem GPR liege ein Antrag hinsichtlich der geplanten Weihnachtsschließung vor. Dieser sei gemeinsam mit dem Rundschreiben und Anschreiben mit derart zahlreichen Widersprüchen formuliert gewesen, dass dies ein Grund gewesen sei, diesen abzulehnen. Ein weiterer Grund sei die Aussage des Oberbürgermeisters gewesen, den Mitarbeitern mit der Möglichkeit von Homeoffice zu erlauben, über vier Tage zwischen Weihnachten und Neujahr zu Hause zu arbeiten. Dagegen müssten diejenigen zahlreichen Kolleginnen und Kollegen, die nicht mobil arbeiten könnten oder keinen Telearbeitsplatz besäßen, Urlaub nehmen. Der GPR habe bezüglich diesen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern als Kompromiss vorgeschlagen, lediglich an zwei Tagen Urlaub zu nehmen. Diesen Vorschlag habe die Verwaltung abgelehnt und man sei über diesen Aspekt nicht gemeinsam ins Gespräch gekommen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter warteten nun auf weitere Informationen, da die Ablehnung mittlerweile bereits vor 10 bis 12 Tage erfolgt sei. In Bezug auf das Thema "19-Grad-Celsius-Raumtemperatur" beschäftige dies die Kolleginnen und Kollegen ebenso und

bereite ihnen Sorgen. Es lägen einzelne Beschwerden von Beschäftigten bei Personalräten, bei denen Mitarbeiter*innen gemäßregelt würden, wenn sie nicht die 19 Grad-Regelung beachten würden. Durch das Abstellen von Warmwasserboilern seien in vier Kitas Salmonellenprobleme aufgetreten. In einem interimswise angemieteten Gebäude in der Jägerstraße 2 erzeuge eine Lüftungsanlage eine Raumtemperatur von lediglich 16 Grad und eine Heizungsanlage eine Temperatur von 26 Grad, sodass die Fenster geöffnet werden müssten. Diese Probleme müssten gemeinsam besprochen und hierbei Lösungen gefunden werden. Es sei für sie nicht nachvollziehbar, dass die Verwaltung in diesem Zusammenhang nicht auf den GPR zukomme, so Frau Häußler. Während der Corona-Pandemie seien mit den regelmäßigen Covid-Besprechungen gute Erfahrungen gemacht worden. Hierbei habe die Gesamtpersonalvertretung mit der Verwaltung nach geeigneten Lösungen gesucht. Dieses Vorgehen schlägt Frau Häußler bei dem Aspekt von Energieeinsparmaßnahmen ebenso vor. Der Oberbürgermeister werde zu dieser Thematik einen offenen Brief erhalten. In diesem werde in Anlehnung auf die Fachdienste Arbeitsmedizin und Arbeitssicherheit eine ständige Arbeitsgruppe vorgeschlagen, die unter der Federführung von BM Pätzold die gesamte Themenvielzahl begleite. Der GPR besitze die Auffassung, auf Freiwilligkeit zu setzen, da aufgrund der unterschiedlichen Voraussetzungen und Modalitäten eine Anordnung "par ordre du mufti" zu keinem Erfolg führen werde. Da das Problem über einen längeren Zeitraum bestehen bleiben werde, müssten die Mitarbeiter über Motivation bei diesem Thema mitgenommen werden. Zudem bestehe das wichtige Thema der Personalgewinnung und -erhaltung. Es gelte, verschiedene Krisen zu steuern, die sich teilweise in ihren Intentionen zuwiderliefen. Daher stelle es eine große Aufgabe dar, diese Probleme gemeinsam anzugehen.

Er gehe davon aus, so OB Dr. Nopper, EBM Dr. Mayer gehe in den nächsten Tagen auf den GPR bezüglich einer weiteren Erörterung zu, wie die Stadt mit der Energiemangel-lage umgehe.

BM Pätzold, betont, das Gespräch mit dem GPR habe im Juli stattgefunden und es sei begrüßenswert, dass der GPR grundsätzlich die Energieeinsparmaßnahmen unterstütze. Die Verwaltung beginne derzeit mit der Umsetzung der Maßnahmen. In der neuen Verordnung zur Sicherung der Energieversorgung über kurzfristig wirksame Maßnahmen (EnSikuMaV) sei u. a. geregelt, dass die von Frau Häußler angesprochenen Trinkwasseraufbereitungsanlagen, bei denen die Gefahr von Legionellen bestünden, nicht abgeschaltet werden müssten. Eine Vielzahl von unterschiedlichen Situationen müsse konstruktiv angegangen werden. Auf die in einem Antrag von Bündnis 90/DIE GRÜNEN aufgeworfenen Frage, warum die Energieeinsparungen nicht so groß gewesen seien, betont BM Pätzold, die Verwaltung habe im August, während der sich in der Umsetzung befindlichen EnSikuMaV, angenommen, bei allen städtischen Liegenschaften werde die Temperatur um 1 Grad Celsius heruntergefahren. Dies habe eine Einsparung von 9,8 Mio. kWh ausgemacht. Mittlerweile bestünden entsprechende Ausnahmen u. a. für Schulen, Krankenhäuser, Kitas usw., womit 1,2 Mio. kWh eingespart würden. Falls weitere Ausnahmen gemacht würden, bestünde diese Energieeinsparung von 1 Grad Celsius nicht mehr. Er könne die Argumente nachvollziehen, dass die Räume kälter seien und sich dies unangenehm anfühlten. Falls allerdings jeder Arbeitsplatz einzeln bewertet werde, werde eine Energieeinsparung erst im Herbst 2023 erzielt. Die Verwaltung initiiere derzeit eine Vorbereitungsgruppe, in die der GPR eingebunden werde. Dabei gehe es um die Maßnahmen in den städtischen Gebäuden. Aufgrund der EnSikuMaV bestehe die Verpflichtung, die entsprechenden Regelungen umzusetzen. Während ein Teil der Vorgaben auf Freiwilligkeit setze, sei ein anderer Teil

aufgrund der rechtlichen Regelungen festgeschrieben. Die derzeitige Herausforderung für die Verwaltung bestehe darin, alle Heizungssysteme in den städtischen Gebäuden über den Energiedienst überprüfen zu müssen. Dabei sei klar, dass aus energetischer Sicht auch problematische Gebäude bestünden. Die Vorgabe von 19 Grad Celsius Raumtemperatur gelte sowohl für ein saniertes als auch ein gedämmtes Gebäude. Es stelle sich die Frage, mit welchen Maßnahmen die 19 Grad Celsius erreicht werden könnten. In dem Gespräch mit dem GPR sei ausgesagt worden, das große Problem bestehe darin, das aufgrund der Coronapandemie nötige dauerhafte Lüften der Räume besonders in Schulen widerspreche dem Aspekt der Energieeinsparung. Da mehrere Krisen gleichzeitig bestünden, müsse eine Abwägung der einzelnen Maßnahmen erfolgen. Aus diesem Grund seien lediglich einzelne Maßnahmen teilweise umgesetzt worden. Die von der Verwaltung vorgeschlagene Schließung von Gebäuden zwischen Weihnachten und Neujahr führe zu Diskussionen. Dabei müsse es Ausnahmen geben, da die Stadt gewisse Angebote sicherstellen müsse und einige Tätigkeiten im Homeoffice erfolgen könnten und andere nicht. Auf das Schreiben des GPR werde das Referat AKR eingehen.

Wie von StR Rockenbauch aufgeführt, sei sowohl die LHS als auch das Land finanziell sehr gut aufgestellt. Dies habe zu vielen Annehmlichkeiten geführt, die zum jetzigen Zeitpunkt spürbar würden, da sie reduziert würden. Lediglich mit einem gemeinsamen solidarischen Vorgehen könnten die Energiesparmaßnahmen umgesetzt werden. Eine wichtige Fragestellung liege in der Art vor, wie die Umsetzung gelingen könne. Das Vorziehen des Klimaziels auf das Jahr 2035 stelle ein deutliches Signal dar, aus der fossilen Energieversorgung auszusteigen. Derzeit sei aufgrund der Energiekrise und der hohen Energiekosten eine große Dynamik bei dem Thema Umstellung auf erneuerbare Energien zu verzeichnen. Nun bestehe zwar die große Bereitschaft, PV- und Windkraftanlagen zu errichten, allerdings seien diese am Markt nicht verfügbar. So bestünden Lieferschwierigkeiten und das Personal fehle bei der Umsetzung. Es bestehe aktuell eine Diskussion mit den SWS, wie die Lieferungen ausgebaut werden könnten. Es sei in der jetzigen Situation begrüßenswert, über Windkraftanlagen außerhalb der Stadt über die SWS zu verfügen. Die entsprechenden Diskussionen über dieses Thema seien nun beendet. Aus Sicht des Klimaschutzes sei die derzeitige Situation aufgrund der hohen Energiepreise günstig, auf regenerative Energien, die eine gewisse Unabhängigkeit mit sich brächten, umzusteigen. Auf der anderen Seite bestünden jedoch die erwähnten Lieferschwierigkeiten und die hohen Baukosten. Zum Aspekt der Wärmewende werde die Verwaltung noch Ausführungen zum weiteren Vorgehen machen. Im Stadtgebiet müssten die Potenziale an Geothermie, Abwärme usw. erschlossen werden. Das Thema Fernwärme müsse in größeren Maßstäben betrachtet werden und der Aspekt des Wasserstoffes sei möglicherweise unabdingbar. Dieses Thema stelle einen Baustein dar, welcher für größere Energiemaßnahmen nötig sei. Die Frage der Herkunft des Wasserstoffes müsse allerdings gelöst werden. Angesichts der Energiemenge der Fernwärme könne diese kaum mit Kleingeräten substituiert werden. Beispielsweise habe die SWS erst kürzlich ihre Strategie vorgestellt, wie sie klimaneutral werde wolle. Das Thema der Wärmepumpen sei zwar in kleinen Gebäuden machbar, stelle jedoch in einer dichtbesiedelten Stadt eine gewisse Herausforderung, wie z. B. hinsichtlich Lärm, dar. Die Verwaltung habe dargestellt, dass bei einer dichten Bebauung das Dach eines zweigeschossigen Gebäudes oder eines fünfgeschossigen Gebäudes die gleiche Größe habe. Alle Themen müssten in Betracht gezogen werden und das Ziel von Plusenergiegebäuden müsse auf einfache Weise erreicht werden. Jedes Potenzial an erneuerbaren Energien müsse genutzt werden. Die energetische Holznutzung habe aufgrund einer gemeinsamen Studie des WWF und der Universität Kassel an Bedeu-

tung verloren, da die Holzmenge begrenzt sei. Die Strategiediskussionen u. a. bei den SWS und den SWSG, und das Vorziehen der Klimaneutralität zeigten, dass diese Ziele lediglich über Energieeinsparung erreicht werden könnten. Hierzu gehörten ebenso die Kosteneinsparung, die Energieeffizienz und der Umstieg auf erneuerbare Energien. Derzeit würden die Auswirkungen dieser Maßnahmen auf den städtischen Haushalt diskutiert. Dies betreffe nicht lediglich die städtischen Energiekosten, sondern ebenso die Bedarfe u. a. der sozialen Träger. Überall stiegen die Energiekosten und das Gesamtpaket müsse schlussendlich von einer Stelle bezahlt werden. Ebenso hätten die Unternehmen mit den steigenden Kosten zu kämpfen, somit erfordere die aktuelle Situation Anstrengungen von jedem. Die Verwaltung werde schon allein aus Kostengründen Schritt für Schritt prüfen, wo Einsparungspotenziale vorhanden seien. Die Auswirkungen auf die Kosten kämen dieses Jahr noch nicht zum Tragen, da der städtischen Energievertrag Bestand habe. Allerdings werde die Situation nicht lediglich in diesem Winter spannend, sondern ebenso im Winter 2023/2024.

OB Dr. Nopper betont an Frau Häußler gewandt, die Verwaltung habe mit dem GPR bislang nicht alle denkbaren Maßnahmen abgestimmt. Lediglich die bereits umgesetzten oder beschlossenen Maßnahmen seien mit dem GPR abgestimmt worden. Er hoffe, es sei in diesem Zusammenhang kein falscher Eindruck entstanden. Zur Gesamtlinie der Verwaltung führt der Oberbürgermeister aus, es solle und müsse Energie - vor allem Erdgas - eingespart werden. Diese solle unter Berücksichtigung der sozialen, ökologischen und psychologischen Auswirkungen geschehen. Die sozialen Auswirkungen betrafen den Bewegungsmangel sowohl von jungen Menschen als auch den der Gesamtbevölkerung, was Konsequenzen für die Volksgesundheit als Ganzes mit sich bringe. Daher habe die Verwaltung entschieden, den Betrieb der Hallenbäder und der Eiswelt aufrechtzuerhalten, solange dies möglich sei. Unter Berücksichtigung der ökologischen Auswirkungen müsse berücksichtigt werden, dass ein oder zwei Drittel des gesamtstädtischen Gasverbrauchs das Klinikum ausmache. Herr Körner (S/OB) korrigiert, bei den Großabnehmerstellen handle es sich um einen Anteil von zwei Dritteln. Da jedoch ebenso etwa die Hälfte bei den Kleinabnehmern liege, seien sowohl das von OB Dr. Nopper erwähnten eine Drittel als auch zwei Drittel Anteil am Gasverbrauch korrekt. Der Oberbürgermeister betont, obwohl eine derart hohe Gasmenge vom Klinikum verbraucht werde, solle aus ökologischen und Klimaschutzgründen dennoch keine Umstellung von Erdgas auf Heizöl erfolgen. Unter Berücksichtigung der psychologischen Wirkungen sollten die Einsparungen in zeitlicher und räumlicher Hinsicht bei der Weihnachtsbeleuchtung, der Streichung des Weihnachtskalenders, der Glanzlichter sowie der Eislaufarena auf dem Schlossplatz erfolgen. Allerdings würden weite Teil der Weihnachtsbeleuchtung und die Beleuchtung des Riesenrads belassen. Dieses bringe seiner Auffassung nach eine hohe psychologische Wirkung und einen relativ geringen Energieverbrauch mit sich.

Die grundsätzliche Beteiligung sowohl von örtlichen Personalvertretungen sowie des GPR regle das Landespersonalvertretungsgesetz, so Frau Häußler. Dieses sehe vor, die Personalvertretungen rechtzeitig und umfassend zu beteiligen. Aus den Kommentierungen gehe hervor, die Beteiligung müsse erfolgen, solange eine Maßnahme noch gestaltbar sei und nicht erst, wenn die Verwaltung Maßnahmen bereits festgelegt habe. Dieses Vorgehen vermisse sie sehr häufig, so Frau Häußler, denn oftmals könne sich der GPR erst im Nachgang schriftlich einbringen, was der Sache schon allein aus zeitlichen Gründen nicht dienlich sei. Gerade in Krisenzeiten bei Themen, die sich gegenseitig zu blockieren drohten, sei es sinnvoll, frühzeitig konstruktiv und kreativ zu kommunizieren und eine gemeinsame Linie zu finden, statt abzuwarten. Die Personalrätin stellt

klar, dass der GPR kein Blockierer der Energiesparmaßnahmen ist. Dennoch müssten alle Aspekte und gesetzlichen Vorgaben berücksichtigt werden, was Aufgabe des GPR sei.

OB Dr. Nopper betont, diesen Tagesordnungspunkt abschließend, die Verwaltung handle ebenso konstruktiv und kreativ.

Zur Beurkundung

Haupt / fr

Verteiler:

- I. S/OB
zur Weiterbehandlung
Strategische Planung
S/OB-Mobil
Klimaschutz

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
Liegenschaftsamt (2)
SWS
SWSG
 3. Referat SWU
Amt für Umweltschutz
Amt für Stadtplanung und Wohnen (3)
 4. Amt für Revision
 5. L/OB-K
 6. Hauptaktei

- III.
 1. *Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN*
 2. *CDU-Fraktion*
 3. *SPD-Fraktion*
 4. *Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei*
 5. *FDP-Fraktion*
 6. *Fraktionsgemeinschaft PULS*
 7. *Fraktion FW*
 8. *AfD-Fraktion*

kursiv = kein Papierversand